Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 6. Oktober 1926
Mittwoch Abend

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstrasse 30—32. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5979—5999. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4.35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen
Welt und Wert * Kraft und Stoff
Wirtschaft und Recht
Weltbertcht * 9413 im Bilde

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse Berlin SW. 68. Friedrichstrasse 46. Unverbindlicher Nichtbeileferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. :—: Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif. :—:

65. Jahrgang
Nr. 467
6.10.a
10 Uhrmin

Zum Tage

Der Wechsel in der Leitung des Preußischen Ministeriums des Innern gibt Anlaß auszusprechen, daß auch der politische Gegner dem scheidenden Minister Severing das Zeugnis nicht verweigern darf, daß er sich in seinem Wirken als eine starke politische Persönlichkeit gezeigt hat. Die Sozialdemokratie hat sehr wenige Männer hervorgebracht, die nach staatspolitischer Veranlagung und nach Charakter Karl Severing an die Seite gestellt werden können. Diese Anerkennung muß einem Mann gezollt werden, der sich mit dem Einsatz seiner ganzen Kraft in den Dienst des Staates, wie er ihn auffaßte, gestellt, und der die zentrale Wichtigkeit seines Ressorts für die Durchführung seiner politischen Ueberzeugung in vollem Maße erkannt hat. In sozialdemokratischen Kreisen nannte man Severing mit Vorliebe den „Polizeiminister" und war wohl stündig des Wortes eingedenk: „Haben wir Preußen, dann haben wir alles." Als Chef der Preußischen Verwaltung und der Preußischen Polizei hat Severing im Rahmen seiner politischen Grundanschauungen unerschütterlich Arbeit geleistet, ohne daß er sich allgemeinen staatspolitischen Ueberlegungen gelegentlich verschlossen hätte. Sein rücksichtsloser Kampf gegen die politischen Verbände auf der Rechten ist bekannt. Die letzte, gefürchtete Politaktion gegen rechtsstehende deutsche Wirtschaftsführer ist nicht auf sein persönliches Konto zu buchen, obwohl die falsch informierten nachgeordneten Stellen offenbar glaubten, im Sinne des Ministers zu handeln. Schon vor seiner Ministerzeit hat Severing bei der Bekämpfung des Kommunistenunfuhrwesens im Westen, später bei der Niederwerfung der mittelbeutschen Unruhen gezeigt, daß er, trotz unseren Widerstrebens — der „Vorwärts" bescheinigt es ihm heute — im entscheidenden Augenblick auch gegen die Kommunisten einzugreifen gewillt war, die er sonst als „politische Kinder" bezeichnete. Wiederholt hat Severing, wenn auch nicht immer mit Erfolg, versucht, bei wichtigen politischen Entschlüssen dem verantwortungslosen, auf Agitation bedachten Teil seiner Partei entgegenzuwirken. Ein solches politisches Führertalent, wie die Sozialdemokratie nur wenige aufzuweisen hat und ein sehr ernst zu nehmender politischer Gegner.

*

Während sich die deutsche und die französische Regierung um eine Annäherung ihrer Staaten bemühen, ereignen sich immer neue Zwischenfälle im besetzten Gebiet, die den Boden für eine solche Annäherung nicht gerade vorbereiten. Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, daß es nur ein einziges Mittel gibt, diese Zwischenfälle zu vermeiden: Fort mit der Besetzung! Seit acht Jahren ruhen die Waffen und seit ebenfalls acht Jahren sehnt sich die deutsche Bevölkerung im deutschen Westen unter der fremden Besetzung. Diese Besetzung hat nichts genützt, weder Geld und noch der Annahme des Dawesplanes jeden Sinn verloren. Jeder Tag zeigt mehr, wie die Besetzung nur dazu geeignet ist, die Stimmung zwischen Franzosen und Franzosen zu vergiften. Jede Besatzungstruppe verwildert; unbeschäftigt führt sie ein tatenloses Herzenleben und neigt, je länger sie im fremden Lande steht, um so mehr zu Uebergriffen. Bei der deutschen Bevölkerung steigt die Nervosität von Tag zu Tag. Immer lieber frißt sich der Haß gegen die Fremden auf deutschem Boden. So nützen alle Bemühungen der amtlichen Stellen um Befriedung und Verständigung nichts: Der Fremdkörper im deutschen Fleisch verursacht ein chronisches Wundfieber.

*

Berlin steht zurzeit im Zeichen der Polizeiausstellung. Polizeibeamte aller Länder besuchen bei dieser Gelegenheit die deutsche Hauptstadt, und den betreuenden Staaten teilweise in Uniform. Sie beschränken natürlich nicht nur die Ausstellung, sondern nehmen die Gelegenheit wahr, auch den Verkehr in Berlin zu studieren, dessen Problematik ja allgemein bekannt ist. Es ist selbstverständlich, daß in diesem Bewußtsein das Verkehrsdezernat der Berliner Polizei bestrebt ist, den Gästen interessante neue Experimente zu zeigen. Wir wollen hier auf die Gründe nicht noch einmal eingehen, warum eins der größten, die zentrifugierte Verkehrsregelung junger Großstädte, zu einem empfindlichen Fiasko führte. Das ist überwiegend eine lokale Angelegenheit. Wichtiger erscheint uns eine allgemeine Warnung. Wenn auch die Polizei an sich eine exekutive Behörde mit engumschriebenen Befugnissen ist, so entbehrt sie das nicht der Pflicht, auftauchende Probleme von höherer Warte zu betrachten. Verkehrsprobleme, genauer: städtische Verkehrsstockungen sind nur in ihren letzten äußeren Auswirkungen dem direkten polizeilichen Zugriff gegeben. Die Polizei kann innerhalb ihrer Befugnisse eigentlich nur die Krankheitserscheinungen bekämpfen und zu heilen versuchen. Es liegt aber im öffentlichen Interesse, daß die Krankheitsursachen bekämpft werden. Wenn kürzlich der Berliner Polizeipräsident die Presse aufforderte, gewisse Straßenbahnbrüche zu propagieren, so ist der Wunsch bei den meisten Zeitungen offene Türen eingerannt. Es wäre sehr erwünscht, wenn er in mutiger Verantwortungsfreudigkeit das reiche ihm zur Verfügung stehende Material immer und immer wieder benutzte, um alles Berufener die notwendigen städtebaulichen Aenderungen zu verlangen. Der hundertmals lebensgefährliche Verkehr in der Berliner Innenstadt ist wahrhaftig nicht allein mit Lichtsignalen und dergleichen zu bessern. Das kann nicht oft genug betont werden. Bei einzelnen unübersichtigen Abweichmitteln stellen nun höchst merkwürdigerweise einige Behörden sich dem, was not tut, hindernd in den Weg (z. B. beim Durchbruch der Französischen Straße). Das geht nicht mehr länger so weiter. Reichs- und Landesbehörden dürfen wichtige Interessen einer großen Stadt nicht mißachten, dürfen nicht, wie ein eigennütziger privater Grundbesitzer, sich wirtschaftlichen Notwendigkeiten verschließen, weil vielleicht ihre Amtsgebäude dabei einen kleinen Nachteil erfahren.

Grzesinski preußischer Innenminister

Severings Rücktrittsgesuch genehmigt

Der Amtliche Preußische Pressedienst meldet:

Der Minister des Innern Severing hat den Preußischen Ministerpräsidenten gebeten, ihn mit Rücksicht auf seine erschütterte Gesundheit von seinem Amte zu entbinden. Ministerpräsident Braun hat sich dem Minister des „unter vorgebrachten Gründen nicht verschließen können und hat an seiner Stelle den Polizeipräsidenten von Berlin, Grzesinski, Mitglied des Landtags, zum Staatsminister und Minister des Innern ernannt.

*

Albert Grzesinski ist am 28. Juli 1879 geboren, arbeitete in Berlin 1903 bis 1907 die Metallarbeiterei und wurde nach längerer Wanderschaft 1906 Geschäftsführer im Deutschen

*

Rücktrittsgesuch Seeckts

Generaloberst v. Seeckt hat sein Abschiedsgesuch eingereicht. Man rechnet damit, daß seine Demission angenommen wird.

Ueber die Vorgeschichte war uns weiter gemeldet worden:

Bei dem Empfang Dr. Geßlers bei dem Reichspräsidenten drehte sich, wie wir hören, die Besprechung um die Vorfälle von Eutzkreisen. Generaloberst v. Seeckt aus Anlaß der Affäre des Kronprinzensohnes zur Strecke zu bringen. Eine Entscheidung ist offenbar noch nicht gefallen, sie wird für Donnerstag vormittag erwartet. In politischen Kreisen ist das Gerücht verbreitet, daß Reichswehrminister Dr. Geßler, der nicht von der Affäre unterrichtet war, das Verhalten der für die vorübergehende Teilnahme des Kronprinzensohnes an Reichswehrübungen verantwortlichen Stellen nicht decken wird. In diesem Zusammenhang erscheint das Gerücht dem bevorstehenden Abschiedsgesuch des Generaloberstes v. Seeckt nicht unglaubhaft, obwohl die Entscheidung durchaus beim Reichspräsidenten liegt.

*

Mitteilungsbedürftigkeit ist offenbar bald danach zu Kassel. Seit Juni 1919 war der Unterstaatssekretär im preußischen Kriegsministerium, 1921 kam er in den Landtag. November 1922 wurde er Oberregierungsrat im preußischen Innenministerium, im Mai 1925 Polizeipräsident von Berlin.

Danksagung des Ministerpräsidenten

Auf das Rücktrittsgesuch, in dem Minister Severing die Gründe darlegte, aus denen heraus er um Entbindung aus seinem Amte bat, hat Ministerpräsident Braun namens des Staatsministeriums mit folgendem Schreiben geantwortet:

Mein sehr verehrter Herr Minister!

Mit tiefem Bedauern habe ich von Ihrer Mitteilung Kenntnis genommen, daß Ihre schwer erschütterte Gesundheit Sie zwingt, Ihr Amt niederzulegen, das Sie seit sechs Jahren mit vorbildlicher Gewissenhaftigkeit unter Einsetzung Ihres ganzen reichen Wissens und Könnens erfolgreich geführt haben. Was Sie in dieser bewegten Zeit für die innere Befriedung Preußens und damit auch des Reiches, für den Auf- und Ausbau der neuzeitlichen Verwaltung und für die Festigung des Staatsautoritätsgedankens mit unbeirrbarer Zielklarheit in zähem, ausdauerndem Ringen unter Einsetzung Ihrer ganzen Person geleistet haben, gehört der Geschichte an. Namens der Staatsregierung spreche ich Ihnen für diese dem Vaterlande in schwerster Zeit geleisteten unschätzbaren Dienste herzlichen Dank aus. Ich wünsche und hoffe, daß einige Zeit der wohlverdienten Ruhe Ihnen Ihre Gesundheit wiederherstellen und daß Sie dann sich wieder in alter physischer und geistiger Frische dem Dienste am Volke werden widmen können.

In alter Hochachtung
Ihr
Braun.

Voraussichtliche Mehrheit für das Fürstenkompromiß

Der neue Innenminister Grzesinski findet in parlamentarischen Kreisen über den Kreis der jetzigen Koalition hinaus eine nicht unfreundliche Aufnahme. Man ist sich offenbar klar darüber, aus welchen Gründen das Sozialdemokratie schon jetzt den Personenwechsel an der Spitze des Innenministeriums betrieben hat und welche Hoffnungen die Initiatoren des bisherigen Systems auf die Gefügigkeit des neuen Mannes setzen. Aber es wird stark bezweifelt, daß Grzesinski sich in der Weise wird leiten lassen, die von dem Kreise um Hellmann zweifellos beabsichtigt ist. Bei der Deutschen Volkspartei legt man offensichtlich Wert darauf, wie die Frage des Staatssekretariats gelöst wird. Eine Erhöhung des bisherigen Staatssekretärs Meister etwa durch Ministerialdirektor Abegg würde man als unbefriedigend ansehen.

Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff nahm Mittwoch vormittag die Besprechungen mit den Fraktionen über den neuen Forst-Lollern-Vergleich auf. Die Einzelheiten werden noch vertraulich behandelt, doch kann gesagt werden, daß der Vergleich auf eine Mehrheit im Landtage wird rechnen können. Erfreulich ist finanziell für die Hohenzollern etwas ungünstiger, ermöglicht aber auch der Volkspartei die Zustimmung. Der Aeltestenrat des Staatsrats hat sich in vertraulicher Sitzung ebenfalls mit dem Vergleichsvorschlag beschäftigt. Wann die preußische Staatsregierung die Vorlage im Landtage einbringen wird, ist noch nicht bestimmt. Die Verhandlungen mit den Fraktionen sollen fortgesetzt werden. Sie sollen, wie nochmals hervorgehoben zu werden verdient, unter durchaus günstigen Zeichen.

*

Noch immer beschäftigen die Gründe für den plötzlichen Rücktritt Severings die Gemüter. Daß der Innenminister die Absicht hatte, zurückzutreten, und zwar tatsächlich aus dringlichen Gründen seiner erschütterten Gesundheit, ist bekannt und wurde erwartet. Daß er es zu Beginn der Wintertagung der interfraktionellen Zusammenkunft über die schwebenden Fragen tat, deren Lösung Dringlichkeit erweist, wird auf das Bestreben der Sozialdemokratie zurückgeführt, sich den Posten des Innenministers zu sichern, ehe überhaupt eine Diskussion über die Nachfolgerschaft hätte einsetzen können. Ob ihr die Frage mit einer allgemeinen Umbildung der Regierung hätte verknüpft werden können. Aus dem gleichen Grunde ist anzunehmen, daß in den Reihen der Linkssozialdemokratie alles getan wird, die Staatssekretärfrage in der gleichen übereilten Weise zu regeln. Man rechnet allgemein mit dem Kommen des Großen Koalition, ist sich aber darüber klar, daß für die praktische Zusammenfassung der Regierungsumbildung noch große Schwierigkeiten bestehen, die vor allem bei den Demokraten liegen, denen sich müssen zweifellos einen ihrer Ministersitze opfern. Außerdem ist noch nicht geklärt, wie weit die jetzigen Koalitionsparteien gewillt sind, den Wünschen der Volkspartei entgegenzukommen, die neben dem Kultusministerium das der Finanzen, andernfalls das Justizressort für sich beanspruchen.

Vermutlich werden bereits die nächsten Tage zeigen, wie sich die Aussichten der von weiten Kreisen der bisherigen Koalition besonders vom Ministerpräsidenten Braun ziemlich gewünschten Erweiterungsverhandlungen gestalten.

*

Reichskanzler Dr. Marx wird im Laufe des Donnerstags von seinem diesjährigen Sommerurlaub zurückerwartet. Der Staatssekretär in der Reichskanzlei Dr. Pünder ist im Begriff, den entgegengehenden, um ihm über die wichtigsten politischen Angelegenheiten Bericht zu erstatten.

Entgegen Meldungsnachrichten trifft es nicht zu, daß am Donnerstag nachmittag sich das Reichskabinett mit auswärtiger Angelegenheiten befassen wird. Der Reichskanzler wird am Freitag der diesjährigen Tagung des Deutschen Beamtenbundes beiwohnen und angesichts der Bedeutung der Kundgebung eine Ansprache halten, am kommenden Sonntag wird er im Rahmen einer von der Reichszentrale für Heimatdienst in Essen veranstalteten großen Werbetagung dieselbe eine größere politische Rede halten. Seine Rückkehr und die endgültige Wiederaufnahme seiner Amtsgeschäfte ist nach einem kurzen Besuch der Gesolet in Düsseldorf für kommenden Dienstag in Aussicht genommen.

Wiederaufnahme der Arbeit in Hamburg

Hamburg, 6. 10.

Die Hafenarbeiter haben die Arbeit im geschlossenen Verband wieder aufgenommen. Ein Teil der Arbeiter verhält sich noch abwartend. In Flugblättern der K. P. D., Bezirk Wasserkante, werden die Arbeiter zur Weiterführung des Kampfes aufgefordert.

Deutsch-französische Probleme

Der Widerstand in England gegen den Verkauf der Eisenbahnbonds

sx. **London**, 6. 10. (Eigenbericht)

Ueber die deutsch-französischen Verhandlungen hört der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph", daß Deutschland und Frankreich die Absicht hätten, vor der nächsten Genfer Ratstagung die Fragen unter sich zu klären, die dort auf das Programm kommen sollten. Dabei handele es sich um Saarfragen und die mit der Uebernahme der Militärkontrolle durch den Völkerbund zusammenhängenden deutschen Wünsche. Zurzeit seien die deutschen und französischen Sachverständigen mit dem

Saarproblem

beschäftigt. Im Saargebiet handele es sich im wesentlichen um drei Punkte:

1. um die Zurückführung der 2000 französischen Soldaten aus dem Saargebiet;
2. um den Bericht auf die Volksabstimmung;
3. um den Rückkauf der Saargruben.

Der Berichterstatter glaubt, daß man die hierfür benötigten Gelder nicht in Deutschland selbst etwa auf 240 Millionen Mark schätze, die, in Deutschland aufgebracht werden müßten; er weist in diesem Zusammenhang auf den

Widerstand der amerikanischen und englischen Bankiers

gegen die Kommerzialisierung der Eisenbahnbonds hin. Hierzu kann nach privaten Londoner Informationen ergänzend bemerkt werden, daß der Widerstand nicht nur in erster Linie von englischen privaten Bankierkreisen ausgeht, sondern, von dem englischen Schatzamt.

Der Berichterstatter glaubt, daß sowohl London als auch Berlin der Ansicht seien, eine ständige Militärkontrolle sei im besetzten Gebiet nicht mehr möglich. Deutschland würde aber wahrscheinlich damit einverstanden sein, daß die neue Völkerbundskontrollkommission zahlreichere Besuche in Deutschland abstatte, als ursprünglich vorgesehen wäre.

Budgetdebatte und Schulden-Abkommen

Poincaré drängt auf die Annahme in der Kammer

*

a. **Paris**, 6. 10. (Eigenbericht)

Poincaré verhandelte gestern abermals mit dem Präsidenten der Finanzkommission, Simon. Aus den Mitteilungen, die Poincaré bei dieser Gelegenheit machte, geht hervor, daß die Regierung die Absicht habe, das Abkommen entweder am 26. Oktober oder am 4. November einzubringen, je nach dem Fortschritt der Arbeiten der Finanzkommission. Poincaré drückte dabei den dringenden Wunsch aus, in der Kammer zwischen die Verhandlungen über das Budget von 1927 und über die Schuldbeentrage so rasch wie möglich beginnen. Falls sich die Budgetdebatte hinziehen sollte, würde die Regierung die Beratung dieses Abgeordnetenbeschlusses unterbrechen und

die Schuldbeentrage

zur Verhandlung bringen müssen. Ebenso wäre Poincaré mit beiden Angelegenheiten noch vor Ablauf des Jahres fertig werden. In bezug auf die Schuldbeentrage ließen die Reservungen Poincarés, ebenso wie bereits seine Rede in Barle-Duc, darauf schließen, daß Poincaré dem Parlament empfehlen werde, die Abkommen von London und Washington unter Vorbehalt zu ratifizieren.

Ueber diesen letzteren Punkt soll Poincaré dem Präsidenten der Finanzkommission, Simon, gegenüber erklärt haben, er hätte aus Washington Nachrichten erhalten, die ihn zu der Annahme berechtigten, **daß die amerikanische Regierung mit der von Poincaré vorgeschlagenen Regelung in der Schuldbeentrage einverstanden sei.** Wie bereits früher berichtet worden ist, besteht dieser Vorschlag Poincarés darin, das Washingtoner Abkommen in seiner gegenwärtigen Form von der Kammer annehmen zu lassen, wobei das Parlament jedoch feierlich erklären soll, daß diese Annahme nur unter den bekannten gleichen

Vorbehalten Sicherheitsklausel und Transferierung

erfolge. Die Frage ist nur, ob die Kammer sich für diesen Lösungsvorschlag gewinnen lassen wird.

Der Berichterstatter der Finanzkommission, Denis, hat zum Amt niedergelegt. In einem Briefe an den Präsidenten der Kommission begründet er seinen Schritt damit, daß er sich bei der Beurteilung der finanzpolitischen Lage sowohl mit der Regierung wie mit der Kommissionsmehrheit in Widerspruch befinde. Der Widerstand des Berichterstatters erregt in parlamentarischen Kreisen lebhaftes Aufsehen.

Finanzminister Francqui aus London zurück

Große Befriedigung über seine Verhandlungen in England

a. **Paris**, 6. 10. (Eigenbericht)

Aus Brüssel wird gemeldet, daß der belgische Finanzminister Francqui, der von seiner Reise nach London gestern zurückgekehrt ist, Herr Francqui hat die englische Hauptstadt in Begleitung des Gouverneurs der belgischen Nationalbank, Franck, besucht, um dort über eine Anleihe, die der Stabilisierung des belgischen Frankens dienen soll, zu verhandeln. Der Finanzminister berichtet, die Anleihe hätte in London grundsätzlich Freunde gefunden, weshalb auch der Präsident der Nationalbank in London geblieben sei, um die Einzelfragen des Abschlusses in Ordnung zu bringen. Auf Einzelheiten ging Herr Francqui weiter nicht ein, sondern sagte, seine Erklärungen müßten kurz sein; er müsse sich darauf beschränken, zu verstehen, daß er von seiner Reise nach London sehr befriedigt ist.

*

sx. **London**, 6. 10. - (Eigenbericht)

Die geplante deutsch-englische Industriellenzusammenkunft soll Ende dieser Woche in einem Vorort von London stattfinden. Ueber Einzelheiten wird größtes Stillschweigen bewahrt.

Aufruf des Reichskommissars für die besetzten Gebiete und der Rheinlandkommission

Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete und die Interalliierte Rheinlandkommission haben eine gemeinsame Kundgebung erlassen, in der es heißt: „Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete und die Interalliierte Rheinlandkommission, tief bewegt durch die traurigen Zwischenfälle, die sich in den letzten Tagen in verschiedenen Garnisonstädten des besetzten Gebietes ereignet haben, appellieren gemeinschaftlich an die Besonnenheit und das Verantwortungsgefühl sowohl der Alliierten wie auf deutscher Seite, um die Atmosphäre zu erleichtern, die glücklich hergestellt ist durch die neuen Abmachungen, die entsprechend dem Wunsche der Völker zwischen den Regierungen getroffen wurden. Die Zwischenfälle werden die Bevölkerungen ihnen anhängigen Verfahren gemäß den geltenden Gesetzen regeln in dem einzigen Bestreben, die Wahrheit festzustellen. Alle diesen Zweck dienlichen Ermittlungen werden angestellt werden. Alle beteiligten Behörden auf der einen wie auf der anderen Seite sollen dahin wirken, diesen Zwischenfällen ein Ende zu machen und ihre Wiederholung zu verhüten."

Die Königin von Rumänien in Paris

a. **Paris**, 6. 10. (Eigenbericht)

Die Königin von Rumänien ist heute hier eingetroffen und wird in einigen Tagen von Cherbourg aus nach den Vereinigten Staaten weiterfahren. In dem Ordenszirkel soll es zu Zwischenfällen gekommen sein, da sich mitreisende Amerikanerinnen weigerten, den Speisesaal zu räumen, bei die Königin und ihre Begleitung allein benutzen wollten. Die „Chicago Tribune" läßt sich aus Belgrad melden, daß trotz aller amtlichen Ableugnungen die Abdankung des rumänischen Königs binnen kurzem zu erwarten sei; die Regierung habe nur die Abreise der Königin abgewartet, um die entscheidenden Schritte zu tun.

Der Paneuropakongreß beendet

Die Einbeziehung Rußlands und Englands

Von unserem Berichterstatter

sx. **London**, Anfang Oktober.

Es wäre möglich, eine Reichskonferenz zu berufen und auf dem Papier einen Rahmen für das Empire zu entwerfen. Das wäre aber unergiebig. Der „Observer" beschäftigte sich in seinem letzten Sonntagsartikel mit diesem Rahmen und findet die folgende Definition für das britische Empire: „Eine community of communities, die ihre Existenz zu dem Bewußtsein geder einzelnen, zusammenzuhalten und zusammenzuhandeln im Interesse aller." Dieser Rahmen fehlt für Londoner Bedürfnisse. Alles andere sind Einzelfragen. Es kommt, wie der „Observer" meint, nur darauf an, diesen bestehenden Rahmen auszufüllen und kein Gefüge zu verfärben. Zu Zeit braucht man Schiffe, Eisenbahnen, Luftverkehr, Ueberseekabel, drahtlose Telegraphie und Besiedlung. Dann wurde sich das konstitutionelle Problem eines Tages von selbst lösen. Dies ist das Prinzip, nach dem die innere Verwaltung auf den britischen Inseln arbeitet. Keine organischen Vorbereitungen, sondern Gelegenheitsarbeit, und zwar meistens nur da, wo ein Zustand so unhaltbar geworden ist, daß es schließlich nicht mehr zu weiter geht.

Es ist heute so, daß Zweifen mit dieser Methode nicht mehr auskommt. Die sogenannte praktische Lösung dauert zu lange. Etwas Theoretisches oder Konstitutionelles wird sich nicht mehr umgehen lassen, weil unter dem Druck des Krieges der erste Schritt bereits getan ist. Es ist die alte Frage, ob sich das Reich zu einem Bundesstaat oder zu einer Personalunion entwickelt. Gegen die Personalunion hat das Mutterland schon Front gemacht, als Kanada 1867 Dominion wurde. Der Vorschlag, dem neuen Gebilde den Namen „Königreich Kanada" zu geben, kommte von der kanadischen Delegation, wurde aber von England abgelehnt. Durch die Unterzeichnung der Völkerbundsakte ist ein juristisch kaum zu definierender Status entstanden. Kanada, Australien, Neuseeland, Indien und Südafrika, und später Irland, haben selbständig unterzeichnet, aber die britische Delegation hat vorgebeugt, daß hieraus keine falschen Schlüsse gezogen werden. Sie hat nicht, was logisch gewesen wäre, für das United Kingdom, sondern für das Britisch Empire unterschrieben, und der Sekretär hat nicht aus Zufall in der offiziellen Völkerbundsübersetzung das Wort Britisch Empire an die erste Stelle und darunter — ausdrücklich etwas eingerückt — die einzelnen Dominien. Das Britisch Empire steht also auch hier noch als Oberbegriff, wenn auch in der praktischen Völkerbundsarbeit die Dominien völlig selbständige Einzelmitglieder sind.

Aehnliche Schwierigkeiten entstanden bei anderen internationalen Konferenzen der Nachkriegszeit. Die Dominien haben an der Washingtoner Konferenz von 1921, an der Konferenz von Genua von 1922 und an der Londoner Konferenz von 1924 teilgenommen. Die Form, die hierfür gefunden wurde, liegt schon in der Richtung der Entwicklung zum Bundesstaat. Für alle diese Konferenzen wurde eine geschlossene Britisch Empire Delegation gebildet, und auch die Völkerbundspolitik dürfte dieses Weg nehmen, wenn es England gelingt, für eine solche Delegation zwei oder drei Stimmen im Rat zu bekommen. Die ganze Frage ist akut geworden durch die Locarno-Politik. Die Konferenz von Locarno ist der erste wichtige Schritt, den England nach dem Kriege wieder allein gemacht hat. Bis zur Lösung der Reparationsfrage waren die Dominien noch mitgegangen. Damals, bei der Londoner Konferenz, hatte die Londoner Regierung bei der Zusammensetzung der Empire Delegation noch den Vorbehalt gemacht, daß bei den Beschlüssen die Stimme des Dominien haben das Recht ihrem Beitritt zur Delegation anerkannt. Die Ursprüchenheit mit Locarno in Kanada und Südafrika wird sich hiermit natürlich nicht decken.

Die Frage ist die, wie weit die Dominien durch eine Kriegserklärung des Mutterlandes gebunden sind. Der Vertrag von Locarno hat die Teilnahme den einzelnen Dominien freigestellt. Von dieser Freiheit haben die Dominien nicht sehr viel, da sie nur theoretisch sei, und ein Konflikt des Mutterlandes praktisch die Dominien irgendwie einbeziehen. Es zeigt sich hier wieder wie die aktive Mitbestimmungswille als der passive Selbständigkeitsdrang. General Hertzog hat verlangt, daß der Kriegsfall zwischen Staat und Dominien irgendwie definiert, vielleicht sogar den anderen Nationen schriftlich mitgeteilt wird. Es ist nicht angenehmen, daß ein solcher Schritt erfolgt. Die Wünsche der Dominien können nach englischer Ansicht besser befriedigt werden durch einen Ausbau des Systems, das unter dem Programmpunkt „communication and consultation" entsteht.

Es ist das die etwas schüchterne Umschreibung für das Mitbestimmungsrecht der Dominien. Im Kriege war dieses System schon fast zur Vollendung durchgeführt. Es gab zwar noch kein Reichsparlament, aber das Reichskriegskabinett von 1917 und 1918, in dem die Ministerpräsidenten der Dominien dieselben Rechte hatten wie die Mitglieder des Londoner Kabinetts. Lloyd George hat in seiner Abschiedsrede an die Imperial War Conference die Einrichtung des Kriegskabinetts als einen historischen Schritt auf dem Wege zur Reichseinheit bezeichnet und gefordert, daß dieses System irgendwie in die Friedenszeit übernommen wird. Davon ist man heute weit entfernt. Das einzige, was übrig geblieben ist, ist das Recht der Ministerpräsidenten, in allgemein-politischen Angelegenheiten unter Umgehung des Kolonialsekretärs direkt an den Londoner Premier zu berichten. Da in England die Bürokratie auch nicht schneller arbeitet als in anderen Ländern, ist das immerhin ein Vorteil. Der Geschäftsgang spielt sich außerordentlich langsam ab. In einer Staatsangehörigkeitsfrage wurde kürzlich ein Briefwechsel veröffentlicht. Die Stationen waren die australische Regierung, der Generalgouverneur, der Kolonial-

Der „Pelikan" in Kiel beschlagnahmt

Eine Botin der Schmuggler verhaftet

Die Schmugglerjacht „Pelikan", die bisher in der Nähe des Feuerschiffs „Adlergrund" außerhalb der 3-Meilenzone vergeblich auf die andere Schmugglerjacht „Inge" gewartet hatte, ist am Dienstag abend in Kieler Freihafen eingelaufen, wo sie sofort vom Grenzzollkommissariat Kiel beschlagnahmt wurde. Dagegen ist es den Beamten bisher nicht möglich, die Spritzenjacht der Jacht sicherzustellen oder den Kapitän Kewitz und seine Mannschaft zu verhaften, da eine solche Maßregel in dem als Ausland geltenden Freihafen gemäß den internationalen Bestimmungen nicht zulässig ist. Erst wenn die Besatzung von Bord geht oder wenn das Schiff den Freihafen verlassen sollte, könnte die Verhaftung dieser Helfershelfer der Schmuggler durchgeführt werden.

Die Kriminalpolizei hat auf dem Stettiner Bahnhof in Kiel-Gaarden Ausschau gehalten, die möglicherweise Ausfunft über den im Augenblick noch von allen Behörden gesuchten Ingenieur Bauer geben kann. Am Dienstag nachmittag trat eine Frau, die sich Marie Lustig nannte, den Prokuristen des Bankhauses Merk & Co. an und erklärte, sie sei die Vertraute der Frau Lindemann und müsse sofort nach Danzig fahren, um „den Pelikan zu retten". Dazu verlangte sie Fremde 500 ℳ von ihm. Der Prokurist, er mieten sie gebends um 8 Uhr am Stettiner Bahnhof erwarten. Von der Bankfirma wurde nun die Kriminalpolizei verständigt, und als die Lustig an der Verabredeten Stelle im Stettiner Bahnhof erschien, nahm man sie fest. Es besteht der Verdacht, daß die Lustig von dem offenbar nach Berlin weilenden Bauer vorgeschoben worden ist. Bekanntlich hat Bauer, die Seele des ganzen Schmuggelunternehmens, schon in den ersten Tagen nach Bekanntwerden des für alle Beteiligten so verlustbringenden Spritzenjacht versucht, von Kommerzienrat Lindemann Geld zu erhalten, ohne jedoch seinen Zweck erreichen zu können. Bauer weilt, wie man weiß, über-jetzt gute Beziehungen zu Spritzfabrikanten im Ausland und würde zweifelsohne in Danzig Unterstützung finden, wenn er derthin gelangen könnte. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß Bauer, nachdem seine Geschäftsfreunde nunmehr in Haft sitzen, durch die Lustig versucht hat, Geld von dem Prokuristen der Bank zu erhalten, um die Flucht bewerkstelligen zu können.

*

Inzwischen hat sich, wie uns aus Kiel in Ergänzung der obigen Meldung berichtet wird, Kapitän Kewitz vom „Pelikan" beim Hauptzollamt gemeldet, wo zurzeit seine Vernehmung stattfindet.

Zur britischen Reichskonferenz

II. Reichspolitik und Reichsverfassung

Von unserem Berichterstatter

sx. **London**, Anfang Oktober.

Es wäre möglich, eine Reichskonferenz zu berufen und auf dem Papier einen Rahmen für das Empire zu entwerfen. Das wäre aber unergiebig. Der „Observer" beschäftigte sich in seinem letzten Sonntagsartikel mit diesem Rahmen und findet die folgende Definition für das britische Empire: „Eine community of communities, die ihre Existenz zu dem Bewußtsein geder einzelnen, zusammenzuhalten und zusammenzuhandeln im Interesse aller." Dieser Rahmen fehlt für Londoner Bedürfnisse. Alles andere sind Einzelfragen. Es kommt, wie der „Observer" meint, nur darauf an, diesen bestehenden Rahmen auszufüllen und kein Gefüge zu verfärben. Zu Zeit braucht man Schiffe, Eisenbahnen, Luftverkehr, Ueberseekabel, drahtlose Telegraphie und Besiedlung. Dann wurde sich das konstitutionelle Problem eines Tages von selbst lösen. Dies ist das Prinzip, nach dem die innere Verwaltung auf den britischen Inseln arbeitet. Keine organischen Vorbereitungen, sondern Gelegenheitsarbeit, und zwar meistens nur da, wo ein Zustand so unhaltbar geworden ist, daß es schließlich nicht mehr zu weiter geht.

Es ist heute so, daß Zweifen mit dieser Methode nicht mehr auskommt. Die sogenannte praktische Lösung dauert zu lange. Etwas Theoretisches oder Konstitutionelles wird sich nicht mehr umgehen lassen, weil unter dem Druck des Krieges der erste Schritt bereits getan ist. Es ist die alte Frage, ob sich das Reich zu einem Bundesstaat oder zu einer Personalunion entwickelt. Gegen die Personalunion hat das Mutterland schon Front gemacht, als Kanada 1867 Dominion wurde. Der Vorschlag, dem neuen Gebilde den Namen „Königreich Kanada" zu geben, kommte von der kanadischen Delegation, wurde aber von England abgelehnt. Durch die Unterzeichnung der Völkerbundsakte ist ein juristisch kaum zu definierender Status entstanden. Kanada, Australien, Neuseeland, Indien und Südafrika, und später Irland, haben selbständig unterzeichnet, aber die britische Delegation hat vorgebeugt, daß hieraus keine falschen Schlüsse gezogen werden. Sie hat nicht, was logisch gewesen wäre, für das United Kingdom, sondern für das Britisch Empire unterschrieben, und der Sekretär hat nicht aus Zufall in der offiziellen Völkerbundsübersetzung das Wort Britisch Empire an die erste Stelle und darunter — ausdrücklich etwas eingerückt — die einzelnen Dominien. Das Britisch Empire steht also auch hier noch als Oberbegriff, wenn auch in der praktischen Völkerbundsarbeit die Dominien völlig selbständige Einzelmitglieder sind.

Aehnliche Schwierigkeiten entstanden bei anderen internationalen Konferenzen der Nachkriegszeit. Die Dominien haben an der Washingtoner Konferenz von 1921, an der Konferenz von Genua von 1922 und an der Londoner Konferenz von 1924 teilgenommen. Die Form, die hierfür gefunden wurde, liegt schon in der Richtung der Entwicklung zum Bundesstaat. Für alle diese Konferenzen wurde eine geschlossene Britisch Empire Delegation gebildet, und auch die Völkerbundspolitik dürfte diesen Weg nehmen, wenn es England gelingt, für eine solche Delegation zwei oder drei Stimmen im Rat zu bekommen. Die ganze Frage ist akut geworden durch die Locarno-Politik. Die Konferenz von Locarno ist der erste wichtige Schritt, den England nach dem Kriege wieder allein gemacht hat. Bis zur Lösung der Reparationsfrage waren die Dominien noch mitgegangen. Damals, bei der Londoner Konferenz, hatte die Londoner Regierung bei der Zusammensetzung der Empire Delegation noch den Vorbehalt gemacht, daß bei den Beschlüssen die Stimme des Dominien haben das Recht ihrem Beitritt zur Delegation anerkannt. Die Ursprüchenheit mit Locarno in Kanada und Südafrika wird sich hiermit natürlich nicht decken.

Die Frage ist die, wie weit die Dominien durch eine Kriegserklärung des Mutterlandes gebunden sind. Der Vertrag von Locarno hat die Teilnahme den einzelnen Dominien freigestellt. Von dieser Freiheit haben die Dominien nicht sehr viel, da sie nur theoretisch sei, und ein Konflikt des Mutterlandes praktisch die Dominien irgendwie einbeziehen. Es zeigt sich hier wieder wie die aktive Mitbestimmungswille als der passive Selbständigkeitsdrang. General Hertzog hat verlangt, daß der Kriegs

sekretär und zurück. Der Fall hat rund ein Jahr gedauert.

Um den Wünschen der Dominien Rechnung zu tragen, ist im vorigen Jahr die Dominialverwaltung von dem Colonial Office abgetrennt und einem neugeschaffenen Staatssekretariat für die Dominien übertragen worden. Der Kolonialsekretär Churchill bekleidet dieses Amt in Personalunion auch der Bauministerstelle und die Räume in Downing Street sind dieselben. Praktisch ist es bisher nur zu der Anordnung einer zweiten Messingtafel mit der Inschrift „Dominial Office" gekommen.

Die völkerrechtliche Stellung der Dominien ist nun durch die Ernennung des ersten kanadischen Gesandten in Washington aktuell geworden. England hat sich bereits vor Jahren mit dieser kanadischen Sonderverteilung abgefunden. Der Posten ist bisher nicht besetzt worden, weil man sich über die Regelung der Befugnisse und besonders über die diplomatische Position noch nicht einig war, die der kanadische Diplomat in Washington einnehmen sollte. England hat versucht, die delikate Frage „bundesstaatlich" zu lösen und dafür die große Konzession angeboten, daß der kanadische Gesandte bei der Abwesenheit des englischen Botschafters die Leitung der englischen Botschaft übernimmt. Seiner diplomatischen Stellung nach würde so der kanadische Gesandte zum Chef der englischen Botschaft gehört haben, ebenso wie die schon vor dem Kriege zugelassenen kanadischen Trade Commissioners. Kanada scheint jedoch auf diese Ehrenstellung als Vertreter des englischen Botschafters keinen Wert zu legen. Nach einer Meldung der „Times" aus Toronto soll King nicht die Absicht haben, von diesem alten Angebot Gebrauch zu machen. Kanada sieht also eine selbständige diplomatische Position vor. Der Irische Freistaat hat bereits einen Gesandten in Washington. In derselben Richtung liegen die Bestrebungen, den Oberkommissaren der Dominions in London die diplomatische Stellung von Botschaftern oder Gesandten zu verleihen. Gegenüber einer derartigen betonten übernationalen Selbständigkeit sucht die Londoner Zentrale einen Ausweg, der wahrscheinlich darin bestehen wird, nach dem Vorbilde des Völkerbundssekretariats ein ständiges „Imperial-Sekretariat" zu schaffen, denn die Oberkommissare als ständige Delegierte angehören würden. Bei dem eigentümlichen Zustand haben die Oberkommissare mehr Recht in Genf, wo sie ihre Länder selbständig im Völkerbund vertreten, als in London, wo sie sich auf repräsentative Pflichten beschränkt sehen.

Durch den sogenannten „Verfassungskonflikt" ist Kanada jetzt auch in einer zweiten Frage in die erste Front gerückt worden. Die Stellung der Generalgouverneure war bisher besonders von Australien angefochten worden. Australien hat im vorigen Jahre in London beantragt, daß der Generalgouverneur und die Gouverneure der Einzelstaaten in Zukunft Australier sein sollen. Der Antrag ist von Ameru in dieser Form abgeschlagen worden. Ameru hat betont, daß kein Grund besehe, Engländer von der Ernennung auszuschließen, ebenso wie jetzt auch Australier grundsätzlich von der Ernennung nicht ausgeschlossen seien. Praktisch ist der Antrag noch nicht angenommen. Gegen diese Möglichkeit sträuben sich die Interessen der Londoner Parlamentarier. Bei der Rückkehr Lord Readings aus Indien forderte sogar der Labour-Abgeordnete, daß derartige Posten in den überseeischen Besitzungen grundsätzlich nur mit Parlamentsmitgliedern besetzt werden sollen. Die Erfolge Lord Readings beweisen, daß das Unterhaus die beste Schule hierfür sei! Lord Byng war allerdings kein Parlamentarier, aber immerhin der Oberkommandeur des kanadischen Expeditionskorps im Kriege. Was Kanada fordert, ist die formelle Gleichberechtigung mit dem Londoner Parlament. Der König — heißt es — soll in Kanada nicht mehr Rechte haben als in den britischen Inseln. Da der König von England Baldwin die Auflösung des Parlaments nicht verweigern darf, so soll das auch Lord Byng dem kanadischen Premier gegenüber nicht dürfen. Diese Forderung wird in dem parlamentarischen Mutterland ohne weiteres verstanden. Der Fall wird sich sicher nicht wiederholen, und es ist fast überflüssig, wenn überhaupt von einem Verfassungskonflikt gesprochen wurde.

Ganz ähnlich wie in der Verfassung liegen die Verhältnisse in der Rechtsprechung. Das Jouse of Lords ist immer noch der oberste Appellationsgerichtshof für die Dominien, allerdings ebenso für England, Schottland und Wales. Dieses oberste Appellationsgericht hat mit dem Oberhaus als solchem nichts anderes gemein, als daß eben diese obersten richterlichen Würdenträger, ebenso wie die Bischöfe ex officio Mitglieder des Oberhauses sind. Der von ihnen gebildete Court of Appeal ist nicht etwa eine parlamentarische „Untersuchungskommission". Die Lösung ist hier bereits in der Richtung gefunden worden, wie sie auch für die Politik erstrebt wird. Oberste richterliche Beamte aus den Dominien werden als Mitglieder in diesen Court of Appeal berufen. Bisher allerdings muß nicht in der von den Dominien geforderten Zahl. Von der Bildung eines Imperial Court of Appeal, den die Reichskonferenz von 1918 gefordert hatte, ist kaum noch die Rede.

(Weitere Aufsätze folgen.)

Mussolini gegen den Liberalismus

Seine Ansprache in Perugia an das italienische Volk

fr. Mailand, 6. 10. (Eigenbericht).

Anläßlich des Jahrestages über den Sturm des antiken Roms an die Weltmacht, den Mussolini in Perugia an der Universität der Ausländer gehalten hat, waren viele Tausende von faschistischen Milizsoldaten und Gewerkschaften aus dem ganzen Umbrien zusammengeströmt, um ihren Duce zu begrüßen. Man spricht von 100 000 Menschen, die ihm zuriefen, als er nach dem erhebenden Vortrag auf die Balkonterrasse trat und eine Ansprache hielt. Diese improvisierte Rede handelte naturgemäß vom Faschismus und seiner Größe. Mussolini wiederholte dabei,

daß Kampfrufe gegen die politischen Gegner

und auch gegen den Liberalismus. „Ich habe die Pflicht und das Amt auf mich genommen", sagte er, „dem italienischen Volk die wahrhaftige und die moralische Größe zu geben. Dieses Amt habe ich von den Toten der faszistischen Revolution erhalten, und ich fühle auch, daß es mir vom ganzen italienischen Volke über fast vom ganzen Volke gegeben worden ist, das aus der untergeordneten Lage endlich herauskommt, in der es unfähige und untergeordnete Regierungen lange gehalten haben und das heute zeigt, daß es andern Völkern ins Auge blickt, weil es sieht, daß in Italien in diesem gegenwärtigen Augenblick eine Bewegung erstanden ist, die, sei es geschichtlich, sei es politisch, für alle Staaten und für alle Völker von größtem Interesse ist. Wieleicht sind wir die

Träger eines neuen politischen Systems,

die Träger eines neuen Typs der Zivilisation. „Wir sind das einzige Volk", fuhr er dann rühmend fort, „das den Mut hat, den hart errungenen Frieden zu preisen und das nicht die abschaulich das moralische Gebiet der im Kriege Gefallenen zu verkleinern."

Finnischer Besuch in Norwegen

Oslo, 6. 10. (Sonderdienst der TMB)

Der Präsident von Finnland, Relander, trat gestern zu einem ersten offiziellen Besuch Norwegens, aus Schweden kommend, ihr ein. Er wurde auf dem Bahnhof vom König, dem Kronprinzen und dem diplomatischen Korps empfangen und vom Ministerpräsidenten empfangen. Der Präsident fuhr dann mit dem König und dem Kronprinzen durch die beflaggten Straßen zum Palast und wurde von der Bevölkerung lebhaft begrüßt. Abends fand im Palast ein Galadiner statt.

Dr. Luther in Bolivien

La Paz, 6. 10.

Die Ausnahme des früheren Reichskanzlers Dr. Luther wurde während seines kurzen Aufenthalts in Bolivien war außergewöhnlich herzlich. Die Rede des Staatspräsidenten bei dem Bankett, das zu Ehren Dr. Luthers gegeben wurde, war erfüllt von warmen Worten der Anerkennung für das deutsche Volk, das der Präsident als Ruhm und Stolz der europäischen Zivilisation bezeichnete; ebenso sollte Deutschland der deutschen Art und der deutschen Arbeit haben soll. Dr. Luther ist nach Antofagasta weitergereist.

Die Forderungen der österreichischen Beamten

ebg. Wien, 6. 10. (Eigenbericht)

Der Zentralkonferenzausschuß der Organisationen der österreichischen Bundesangestellten hat heute beschlossen, von der österreichischen Regierung zu verlangen, daß bereits am 8. Oktober mit ihnen die schon vor längerer Zeit beginnenden Verhandlungen über die Besoldungsregelung aufgenommen werden. Die Regierung wünscht erst am 12. Oktober zu verhandeln.

Buchanans Mission am Zarenhofe

Von Richard Förster

Bald nach Beendigung des Weltkrieges ergoß sich eine Flut militärwissenschaftlicher Fachschriften über den Büchermarkt aller am Kampfe direkt beteiligt gewesenen Nationen, in denen die Verfasser versuchten, die Ursachen des russischen Zusammenbruchs zu ergründen. Sie sind jetzt verstummt. Um so lauter und eindringlicher melden sich nunmehr die Politiker und Diplomaten zu Wort, die sich mit ihren interessierten Memoiren und Schilderungen der politischen Lage vor und während des Krieges. Naturgemäß sind alle diese Werke mehr oder weniger geeignet, Mißverständnisse und Unstimmigkeiten". Er und Sofonow, ein „stets erprobter Freund Großbritanniens", werden bald „alte Freunde". Man als einmal, so besonders in den Verhandlungen über die Bagdadbahn, bereits das russisch-deutsche Einvernehmen in die Presse zu gehen, aber die beiden Diplomaten wußten es immer wieder zu erhalten. Die persische Frage war auch weiterhin die Ursache häufiger Reibungen und die von Rußland angeordnete Besetzung Nordpersiens gab Veranlassung zu ernsten Auseinandersetzungen.

Der Balkankrieg von 1912 führt eine schwierige Lage, aber schließlich hat Buchanan sich mit Sazonow geeinigt. Dieses selbst blieb unstatig, da es sich um Scherr ist gewesen, wünschte, der Europa in zwei feindliche Lager spalten könnte". Den Ausprüchen Bulgariens und Serbiens in Mazedonien, der Schaffung einer selbständigen albanischen Nation, Konstantinopel Konföderation, dem Werben Rußlands um Rumänien und überhaupt den ganzen Wirren in dem ewig heißen Pulverfasse des Balkan hat in den Aufzeichnungen Buchanans ein so breiter Raum gewidmet, daß durch den ganzen Aufbau der betreffenden Kapitel deutlich das Bestreben zutage tritt, die Ursachen zu verwischen, die auf seinen Rußland-England zum Weltkriege führten. Wir müssen es uns verlagen, auf Einzelheiten einzugehen, die das diplomatische Zweispiel verdeutlichen sollen. Dafür aber spricht Buchanan mit seinem Wort von den enormen Kriegsvorbereitungen des Zarenreiches und der französischen Republik, über die wir heute Jswolskis Schriftwechsel eingehend unterrichtet sind.

Buchanan behauptet, die englisch-russischen Abmachungen seien in der Hauptsache ein Gefühl der Feindseligkeit gegen Deutschland entsprungen, sondern nur dem ehrlichen Bestreben, die Ursachen zu weiteren Mißverständnissen zu beheben. Daß habe Rußland Buchanan bemerkt hervorzuheben. Daß habe Rußland durch die Potsdamer Vereinbarung und England durch die Aufnahme von Verhandlungen bewiesen, die die englisch-deutschen Beziehungen freundlicher gestalten sollten. Gelegentlich einer Audienz Buchanans beim Zaren am 14. April 1913 — man beachte das Datum! — kam das Gespräch auch auf die albanische Frage und der Zar bemerkte dabei, daß Serbien, die Schutzmacht der Balkanstaaten nur seine geschichtliche Mission erfüllt. Dabei sprach der Zar über Oesterreich „ohne Bitterkeit", doch sei es Deutschland Bestrebungen, die österreichische Balkanpolitik zu unterstützen, eine Gefahr für den europäischen Frieden. Zerfall Oesterreichs stellt er nur für die Zukunft in Aussicht. Die Ermordung wahrscheinlich von Serbien, die transylvanischen Rumänen von Rumänien aufgestapelt und die deutschen Provinzen Oesterreichs zu Deutschland hinzutreten. Der Umstand, daß es dann kein Oesterreich mehr gäbe, das Deutschland zu einem Balkankrieg verführen könnte, würde zum Frieden beitragen. Buchanan bemerkte hierzu, daß eine solche Umgestaltung der europäischen Kontrolle wohl kaum ohne einen allgemeinen Krieg vollzogen werden könnte. — Wir sprechen in Kaiserlichen Worten von den Segnungen des Friedens und träumt dabei vom Krieg und seinen politischen und wirtschaftlichen Folgen.

Ergebnis der Mitteleuropäischen Verkehrstagung

Wien, 6. 10.

Die Mitteleuropäische Verkehrstagung hat ihre Beratungen mit der Annahme einer aus 10 Punkten bestehenden Resolution abgeschlossen. Die hier Resolution drückt die Mitteleuropäischen Verkehrstagung, an der die Vertreter der mitteleuropäischen Staaten und der Verkehrskommission des Völkerbundes teilnahmen, die Überzeugung der mitteleuropäischen Staaten durch ein zielbewußtes Zusammenwirken

Der Femeausschuß in München

Weitere ergebnislose Zeugenvernehmungen

ku. München, 6. 10. (Eigenbericht)

Der Ausschuß will heute Zeugen vernehmen, die für die Angriffe auf die bisherigen Behörden bei der Arbeit der erste dieser Zeugen, Rechtsanwalt Dr. Gademann, ist aber in Anwaltsgebühren nach London verreist und hat sich entschuldigt. Er teilte zugleich mit, daß er sich auf seine früheren eidlichen Aussagen vor dem Gericht berufen und sich weiter verweigere, er in Uebereinstimmung mit der Anwaltschaftskammer auf Grund des § 53 Abs. 2 der Strafprozeßordnung Aussagen mehrerer Beschuldigter in der in Frage stehenden Sachen. Der Ausschuß beschließt, Dr. Gademann später zu vernehmen. Abgeordneter Dr. Frei hält die Verschwiegenheit in Berlin für besser.

Dr. Kern wird dann als Zeuge vernommen. Er war vom ersten Anfang an mit der Bildung der Einwohnerwehr und mit deren Waffenbeschaffung betraut. Er hat der legalen demokratische Minister des Innern war über alles bei der Gründung der Einwohnerwehr unterrichtet. Reichsminister Dr. Geßler arbeitet, später hat ihn der Entwaffnungsausschuß misstar beschlossen. Zum Fall der

Emmenbrunner Partei

fragt der Zeuge, daß er Bauer nicht für fähig gehalten habe, sich an einem Morde zu beteiligen. Der Zeuge hat sich bemüht, Bauer, sich in politische Gespräche verwickeln zu lassen und politische Motive zu erörtern. Der Zeuge lehnt auf die Frage Dr. Frei hin ab, daß Kreisser und Hauptmann Brunn Morde an Verrätern möglich gewesen wären, die Abgabe einer persönlichen Meinung ab. Gemäß sei das Verhältnis zwischen Kreisser und Bauer gewesen, aber von Worten zu Taten sei ein weiter Weg. In der Einwohnerwehr war von Morden an Verrätern nicht die Rede.

Auf immer wieder dringlich gestellte Fragen Dr. Levis erklärt der Zeuge, daß er bei der Gegenwehrung die Gruppe Pöhner-Kempert stets in Verbindung mit den zuständigen Reichs- und Landesbehörden und mit der Reichswehr stand. Ob sei alles in Ordnung zugegangen. Nach der Ermordung der Sondmeier sprach der Zeuge einmal in Zürich mit Oberst Schweizerhard. Er bitte sich aber, ihn über die Gründe seines Aufenthalts in Wien zu sprechen. Auf die Frage Dr. Levis, ob er sich darüber gefreut habe, lehnt der Zeuge die Antwort ab, mit dem Hinweis auf die Zweckloseigkeit solcher Meinungsäußerungen. Abgeordneter

Oberfortrat Dr. Eisberich

gibt ein Bild von der Entstehung der Einwohnerwehr. Sie sollte der Regierung gegen den Bolschewismus und gegen die Bolschewisten helfen. Mit Fememorden habe sie nie irgendetwas zu tun gehabt. Wenn irgendwo gegen die Weißenberristen vorgegangen ist, so könnten sie das nur aus Notstandsliebe, wie mit der Russisch und Lohn getan haben. Hätte die Regierung sofort solche Verräter scharf bestrafen können, so wären solche Taten wohl nicht geschehen. Die Einwohnerwehr habe mit den Morden niemals etwas zu tun gehabt. Der Zeuge hätte sonst davon wissen müssen. Ueber die Mordaktion gegen Emmenbrunner Zeitung in der Einwohnerwehr niemals gesprochen worden. Der Zeuge habe alles nur aus der Zeitung erfahren. Er habe es auch verbieten, über diese Dinge zu sprechen. Die meisten mit den Fememorden in Verbindung gebrachten Leute kannte der Zeuge persönlich.

auf verkehrspolitischem Gebiete bedeutend gefördert werden würde. Die Resolution verwerft ferner auf die Uebersponnung des Begriffs der Zweckbahn und erklärt es als wünschenswert, alle Einrichtungen auf dem Gebiete des Eisenbahnverkehrs im gegenseitigen Interesse zu vereinfachen. Die Resolution fordert jorjaum zu pflegen und weiter auszubauen, wobei insbesondere die Ausstellung direkter Frachtbriefe und die Bewirtschaftung einer einheitlichen Betriebsabrechnung und den Hierfür geeigneten Verrechnungsschlüssel als wünschenswert erklärt werden. Ebenso gutmäßig ist die Resolution der Eisenbahn- und Zollbehörden beim Grenzübergang.

Auf dem Gebiete des Binnenschiffahrt wird das Donau-Rhein als das bei weitem wichtigste bezeichnet. Im Interesse der Zusammenarbeit der Donaustaaten hätten die Interessen der partikularistischen Friedens der internationalen Schiffahrtsgesellschaften zu gewährleisten. Im Interesse der Luftverkehrslinien wird der internationale Verkehrsrecht und Verkehrsrecht gefordert. Für den Unterhalt des Rundfunks wird die technisch-organisatorische und rechtliche Regelung der Rundfunkfragen, die im europäischen Grundsätzen arbeitenden, die Aufnahme der Verbindungen von Fernsendstellen, die Verbreitung Mitteleuropäischen erwähnenden Rundfunks angestrebt. Im internationalen Verkehr verlangt die Mitteleuropäische Tagung die völlige Beseitigung zur Verbesserung eines nach einheitlichen Grundsätzen und Bedingungen und Verbindungen von Fernsendstellen, die Verbreitung Mitteleuropäischen erwähnenden Rundfunks angestrebt. Im internationalen Verkehr verlangt die Mitteleuropäische Tagung die völlige Beseitigung zur Verbesserung eines nach einheitlichen

Zwei Spießgesellen des Fassadenkletterers

„Professor Wing" und „Dr. Haas"

Fritz Wolf, der Kletterer und Millionendieb, war in allen Genüssen mäßig; um sich auf der Höhe der Leistungsfähigkeit zu halten. Er trank kaum und rauchte gar nicht. Seine „Zähigkeit" war ja auch sehr anstrengend. Trotz seiner Sicherheit und Geschicklichkeit fühlte er sich nach jeder „Nachtarbeit", ob sie nun gelohnt hatte oder nicht, so müde, daß er 24 Stunden zu schlafen pflegte. Auf die Dauer genügte aber auch das nicht. So entschloß er sich denn im Sommer v. Js. zu einer Badereise nach Swinemünde.

Während er sich in Dresden „Waldheim" und in Hamburg „Norrean" genannt hatte, trat er in dem Ostseebade unter seinem wahren Namen auf. Hier saß er eines Abends im Restaurant seines Hotels mit zwei anderen Gästen an einem Tisch zusammen. Die beiden Herren stellten sich vor als „Professor Dr. Wing" und „Dr. med. Haas". Nach dieser ersten und einigen weiteren Unterhaltungen beim Wald herum, daß die beiden „Gelehrten" nichts Besseres woren als er selbst. Er durchschaute sie als Hochstapler und sagte ihnen unter vier Augen auf den Kopf zu, daß sie nichts anderes seien. Die beiden Herren taten erst entrüstet, zierten sich dann noch ein wenig und gaben endlich zu, daß der Zielgenosse das Richtige getroffen habe. Jetzt kam man einander näher. Der „Professor" und der „Doktor" luden den neuen Kollegen, der nie mit hochtrabenden Namen und Stellungen prahlte, weil er sich mit Recht sagte, daß er dadurch die Aufmerksamkeit der Kriminalpolizei auf sich lenken könne, zu einem „Ding" nach Frankfurt a. M. ein. Dort hätten sie einige Besitzungen zu einem Baron v. Thalheim, dessen Frau, eine Amerikanerin, für der Millionen Juwelen

besitze. Das lockte Wolf. In der Aussicht auf reiche Beute beteiligte er einstweilen den Lehrer unterhalt der beiden „Gelehrten", denen das Geld knapp geworden war, und fuhr mit ihnen nach Berlin, um in einem Hotel in der Nähe des Potsdamer Bahnhofs die Angelegenheit weiter zu besprechen. Hier schlug Wolf vor, inzwischen noch einen Mitte im Turnen zu verstärken auszuheben und führte die beiden auch in die Gegend. Die wollten aber nicht mitmachen, sie fingen vielmehr vor, eine brillantengeschmückte Dame anzulocken, mit Alkohol zu betäuben und zu berauben. Das war wieder dem Kletterkünstler zu feige. Er ließ die „Gelehrten" nach Frankfurt fahren, um ihnen nachzukommen und sich an die schwierige Aufgabe heranzumachen. Als er ein Jahr, waren sie bereits wieder abgereist.

Nachdem er vergeblich nach dem Baron v. Thalheim gesucht hatte, trieb ihn „Professor Wing" und „Dr. Haas" durch Depesche plötzlich nach Mannheim zu einer „guten Gelegenheit". Wolf glaubte, daß man seine Leistungsfähigkeit und folgte eilfigst dem Rufe. Er war entäuscht, als nur auf einem ganz gewöhnlichen Wege einer Baronin die Brillanten abgenommen werden sollten. Diese einfache Sache überließ er den „Gelehrten". Beide wohnten mit der Baronin in dem gleichen Hotel. Einer führte sie eines Abends ins Theater, nachdem er ihr geraten hatte, ihren großen Schmuck anzulegen. Dann holte sich der andere die dadurch gelassenen Juwelen, und mit ihnen verschwanden beide aus Mannheim. Wolf bekam nichts von der Beute auf. Hier legte sich der „Professor" zu dem medizinischen und noch der philosophischen Doktor zu und nannte sich „Meier". Der „Arzt" hieß jetzt „Doktor Schneider". In ihrer nicht gerade freundlichen Ueberzeichnung stiehlen die beiden bald auf eine Berliner Dame, die sie schon in Mannheim kennengelernt hatten. Sie wunderte sich über die Namensänderung, von der sie nach kurzer Zeit erfuhr so sehr, daß sie die Polizei aufmerksam machte. Bevor jedoch die Beamten zugreifen konnten, waren die beiden Kurzäte verschwunden. Man hörte von ihnen erst wieder, als sie im Zusammenhang mit dem bekannten

Düsseldorfer Gemäldediebstahl

unter den Namen „Dr. med. Walter Schmidt" und „Dr. med. Werner Schulze" in Kufterdam festgenommen und ausgeliefert wurden. Jetzt war ihre Gesichtsähnlichkeit auffällig. Sie wurden entlarvt als der 30 Jahre alte aus Koburg gebürtige früherer Kordmacher Max Kiefer-meier und ein Kaufmannsgehilfe Martin Berlewske, ein Mann von 31 Jahren, der aus Breslau stammt. „Professor Wing", ein gewohnheitsmäßiger Hochstapler und Betrüger, hat schon allerlei hinter sich, u. a. berüchtigte Straßen wegen Heiratsschwindels und Urkundenfälschung und wegen Betrugs erzählen. Was Berzewske alles auf dem Kerbholz hat, werden weitere Ermittlungen wohl noch aufklären. Beide wurden inzwischen wegen Hehlerei und Gewohnheitsdiebstahls zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Bald hatte sich von ihnen getrennt. Es waren Leute, die seine Komplizen für ihn. Er hatte jetzt endgültig beschlossen, alles allein zu machen.

Was nun den „Juristen" und dessen Freund, andere angeblich „gelehrte" Herren betrifft, so ist es Kriminalkommissar Trettin immer noch nicht gelungen, das Dunkel, das sie umhüllt, ganz zu lüften. Es sind Zweifel vorhanden, ob sie überhaupt geworden. Aber es erscheint auch nicht ganz unmöglich, daß Kiefermeier und Berzewske diese Rollen gespielt haben. Wolf sprach immer von „einem Manne mit Schmissen". Nun hat Berzewske ein paar kleine Schmisse. Bei seinen früheren Vernehmungen mußte er zwar zugeben, daß er nie Student gewesen ist. Er ergänzte aber, daß er den Wichtigen als Student vorgemacht und mitgemacht und im Felde einen Zweikampf auf Säbel ausgefochten habe. Dadurch rührten die Schmisse. Es ist wirklich nicht so leicht, sich für sich selbst herausgemacht, um so leichter aber, sich für andere zu machen.

Die gestörten Neuvermählten

Raubüberfall in einem Berliner Hotel

Einen hübsen Anfang nahm eine Hochzeitsreise, die ein 29 Jahre alter Berliner Kaufmann gestern mit seiner jungen Frau antreten wollte. Sie waren am Abend an der Friedrichstraße gelandet und war kurz nach 12 Uhr in sein erstklassiges Hotel zurückgekehrt. Es hatte sich bereits ein Dutzend Fremden eingefunden. Plötzlich ist es 1 Uhr. Die Uhr schlägt. Aus der Tasche eines Fremden ist ein Revolver gefallen, und gleich darauf ist der Besitzer mit seinem Begleiter, der sich als Kriminalkommissar entpuppt, und einem Dutzend Polizeibeamten in Zivil, die sich als Hotelgäste ausgaben, in das Zimmer des Neuvermählten eingedrungen. Der Verbrecher ist ja, das ist bei den Gesetzlosen so Sitte, mit Gift und Dolch, um sich Geld zu verschaffen. Er selbst ist völlig mittellos. Er wurde dem Raubdezernat eingeliefert.

Ueberlastete Berliner Wasserstraßen

In Berlin sind nicht nur die durch die Stadt führenden Hauptstraßen überlastet, sondern auch die Wasserstraßen. Auf der Spree, in der Gegend des Kaiserin-Augusta-Ufers, wird durch den großen Kahn- und Schleppdampferverkehr die Wasserstraße oft derartig verstopft, daß der Personenschiffahrt und Motorbootfahrt ein Behindert wird. Besonders in den vergangenen Sommermonaten stellen die langen Lastzüge und die vielen Ausflugsdampfer eine Gefahr dar, zumal sich stärker werdenden Personenmasseverkehr. Am Ebenso wird die Mühlendammschleuse durch vom Osten kommende Kahnzüge oft Kähne übermäßig in Anspruch genommen.

Eine Prüfung der Verhältnisse hat nun ergeben, daß der Uebelstand auf die Benutzung der alten Jüdischen Lehrstellen an der Spree durch Lastkähne zurückzuführen ist. Auch der Spree, der Lastkähne, ausladen, anstatt den Ost- oder Westhafen in Anspruch zu nehmen, wodurch ein Behindern der inneren Spree überflüssig werden würde. Zwischen der „Behala" (Berliner Hafen und Lagerhaus A.-G.) und dem großen Kaufhaus gesellschaften sind jetzt, wie uns mitgeteilt wird, Verhandlungen eingeleitet worden, die den Zweck haben, eine Einigung der beiden Gesellschaften bei der erwähnten Weise herbeizuführen. Es ist zu erwarten, daß dieses Ziel erreicht wird, bevor die Behörden sich gezwungen sehen, einzugreifen.

Fälligkeit der Lohnsummensteuerzahlungen

Seit 1. Oktober 1926 sind die Zahlungen auf die Lohnsummensteuer in Berlin von allen Steuerpflichtigen nur noch vierteljährlich zu leisten, und zwar ist die Lohnsummensteuer für jedes Vierteljahr bis zum 15. des ersten Monats des nächsten Vierteljahres (ohne Schonfrist) an die Kasse der Gewerbesteuerkasse, Berlin, Jüdisches Steuerkasse zu zahlen. Bis zum 15. Oktober 1926 (ohne Schonfrist) haben hiernach zu zahlen a) die bisherigen Monatszahler, soweit sie bei am 15. August und 15. September fällig gewesen Lohnsummensteuer für Juli und August 1926 schon entrichtet haben, die Lohnsummensteuer für September 1926 mit 1/3 der in diesem Monat gezahlten Löhne und Gehälter, b) die bisherigen Vierteljahrszahler, die Lohnsummensteuer ist bei Vierteljahr Juli/September 1926 mit 1/3 der in diesem Vierteljahr gezahlten Löhne und Gehälter. Die nächste Lohnsummensteuerzahlung ist von allen Steuerpflichtigen für das Vierteljahr Oktober/Dezember 1926 bis zum 15. Januar 1927 zu leisten.

Der Nachtragshaushalt im Stadtparlament

Wie wir erfahren, sind die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlungen übereingekommen, den 76-Millionen-Nachtragshaushalt ohne große Debatte sofort dem Haushaltsausschuß zu überweisen. Dieser soll insbesondere die von Magistrat vorgeschlagenen neuen Einnahmen aus den städtischen Werken und die für die Straßenbahn dadurch notwendig werdende Tariferhöhung prüfen. Die Einnahmen-seite des neuen Haushaltsplanes bedarf um so eingehenderer Nachprüfung als die von Reich und Land zu gewährenden Zuschüsse an den Notstandsarbeiten unsicherer geworden sind. Es ist ferner bekannt, daß die Verwaltung im Begriffe ist, die Sicherung der Bevölkerung durch die Bereitstellung von Wohnungen, deren Verwaltung im Gange ist, in Angriff zu nehmen. Dazu kommt noch die Tatsache

A1 B2 A2 B3 A3 B4 A4 B5 A5

Erwerbsgesellschaften

Der Fusionsgedanke in der Kaliindustrie. Wie wir erfahren, haben in der Tat bei den Besprechungen über die Zusammenfassung des gesamten deutschen Kalibergbaus zu einem einheitlichen Trust stattgefunden, wenn diese auch bisher über das Stadium einer vorbereitenden Erwägung nicht hinausgekommen sind und die entgegenstehenden Schwierigkeiten und Bedenken von maßgebenden Kreisen als sehr ernsthaft angesehen werden. Was die Ausdehnung der Winterhall-Einflussen anlangt, so ist vorläufig noch unsicher, welches Einfluss der Konzern auf Grund seiner längerer Zeit in seinem Besitz befindlichen Kuxenpakets von Gewerkschaften des Gumpel-Konzerns auszuüben vermag. Zwischen der mit Gumpel befreundeten Burbach-Gruppe und dem Winterhall-Konzern sind, soweit man sieht, bisher engere Beziehungen jedenfalls nicht angebahnt. Wir wissen ja auch bereits auf die schon auf persönlichem Gebiet liegenden Schwierigkeiten einer Kombination Winterhall-Burbach-Gumpel hin. Diese Kombination war überhaupt wohl mehr gerüchtweise aufgetauchte, weil damit eine Mehrheit im Kalisindikat zustandekommen würde. Aber schliesslich spricht ja in der Kaliwirtschaft auch das Wirtschaftsministerium bzw. der Reichswirtschaftrat ein gewichtiges Wort mit.

Eine Rohrleitungsbaugesellschaft des Stahltrusts. Unter der Firma „Vereinigte Rohrleitungsbau (Phönix-Märkische) Gesellschaft in Berlin ist eine Rohrleitungsbaugesellschaft errichtet worden, die die Zusammenfassung und Fortführung der bisher von den Tochtergesellschaften der Vereinigten Stahlwerke A.-G., Düsseldorf — nämlich notierte in London 29,96%, in Amsterdam 0,5005%, in Zürich 1,2530.

Am Geldmarkt haben sich die bereits gestern wahrnehmbaren Rückflüsse weiter verstärkt. Doch war auf der anderen Seite die Nachfrage noch ziemlich gross. Immerhin wurden die Forderungen für Tagesgeld etwas ermässigt, und zwar auf 6—7%. Monatsgeld war rein nominell 5¾—7%, Warenwechsel wurden mit 5½ %, zum Teil etwas höher gesucht.

Am Privatdiskontmarkt waren beide Notierungen unverändert.

Anziehende Diskontsätze in England. Aus London schreibt uns unser L.-Mitarbeiter: Die eingeleitete Liquidation hat sich unter ziemlich leichten Verhältnissen vollzogen. Der Markt war gezwungen, in beträchtlichem Umfang bei der Bank von England zu borgen, und Ultimogeld wurde mit bis bis 6 % bezahlt. Die Inanspruchnahme von etwa 19 Mill. £ Anleihezinsen zum Oktobertermin setzten die Regierung stellt nur vorübergehende Erleichterung in Sicht, denn der Betrag der in den nächsten beiden Wochen aufzunehmenden Schatzwechsel ist um 10 Mill. £ höher, und es wird bei gleichzeitig die Verschuldung bei dem Zentralinstitut zu tilgen ist.

Infolgedessen ordnet der Wechselmarkt wesentlich fester. Der Privatdiskont hat auf 4⅞—⅝ % angezogen und würde höher sein, wenn nicht einerseits die Nachfrage der Geschäftsbanken und andererseits holländische Nachfrage so hartnäckig wäre. Schatzwechsel, die für den Kontinent nicht in Frage kommen, notieren erheblich über Bankzinssatz, und zwar musste die Regierung für Begebung der letzten Wechselrunde 4¾% bewilligen. Bekanntmachung besteht wegen der Bewegung der Goldreserven, von denen bekanntlich Berlin, Wien, und Paris dem Zentralmarkt ziemlich nahestehen. In den letzten 14 Tagen hat die Bank von England Gold in Höhe von etwa 1 Mill. £ abgegeben, zum überwiegenden auf direkte Käufe der Reichsbank, die natürlich nichts mit Goldabfrage zu tun haben. Gleichzeitig Einbusse wurde durch wieder ausgeglichen, dass die südafrikanische Reservebank dem Londoner Schweizerinstitut 3 Millionen zur Verfügung England befindlichen Goldgutshaben zur Verfügung stellte. Die Commonwealth Bank of Australia hat sofort 3 Mill. £ eingezeichnet, die sie an den letzten Wochen für Rechnung der Bank von England nach Amerika abgeschickt hat. Von Druck von Sterling zu mildern, der sich im Zusammenhang mit den englischen Zentralmotiven und der Geldverschiebung in Amerika fühlbar macht.

Bisher ist der Status der Bank von England noch nicht affiziert und selbst der Ultimoausweis zeigt nur den relativ geringfügigen Rückgang des Reservekoeffizienten um 1,6 % auf 28,6 %. Aber der Markt ist nervös im Hinblick auf die Gerüchte von einer Erhöhung der offiziellen amerikanischen Rediskontraten, die wahrscheinlich sofort zu Gegenmassregeln in London führen würde. Gleichzeitig ist man sich klar darüber, dass eine Beilegung des Kohlendisputs den Ausfall der Exportsteigerung im Gefolge haben dürfte, um die infolgedessen Teile der Industrie wieder in Gang zu setzen. Die ganze Konstellation ist also eine derartige, um für die nächsten Monate mit stetem Geldverhältnissen rechnen zu lassen.

Diskontherabsetzung in Japan. Die Bank von Japan hat gestern ihren Diskontsatz von 7,3 % auf 5,57 % herabgesetzt. Es sind 2 Sen pro 100 Yen auf 1¼ Sen pro Tag. Die Bank motiviert diesen Schritt mit dem Bestreben, den Wirtschaftsaufschwung zu beleben. — Bekanntlich hat der japanische Diskontsatz im November 1919 eine Erhöhung von 7,3 % auf 8 % erfahren, dann am 15. April v. Js. wiederum auf 7,3 % herabgesetzt zu werden.

Güterwagenstellung bei der Reichsbahn. In der Woche vom 19. September bis 25. September sind bei der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft (Angaben in 1000 Stück) 848,1 Güterwagen gestellt worden gegen 751,5 in der entsprechenden Woche 1925 und 842,2 in der Vorwoche (12. bis 18. September). Für den Arbeitstag im Durchschnitt berechnet lauten die entsprechenden Zäffern 141,4 bzw. 125,2 bzw. 140,4.

Zu der angestrebten Bildung eines internationalen Ring Draht teilt uns der Vorsitzer von unterrichteter Seite, dass von einer Kartellierung der Draht-Ring z. Zt. nicht die Rede sein kann. Es sei internationaler Grundlage bisher noch nicht die Rede sein könne. Verzusammenfassung bisher nur der Internationale Vereinigung für Waldrahl. Ob und wann diese zustandekommt, lasse sich zurzeit noch gar nicht übersehen, so dass man unter diesen Umständen auch noch nicht ernathaft über eine internationale Gleichung der Drahtpreise hinzu handeln können. Von einer Zusammenkunft der Beteiligten an 24. und 25. September sei dem Drahtverband zu Mitte Oktober noch nicht bekannt. Es sei lediglich in Brüssel verabredet worden, im Laufe dieses Monats noch einmal zu einer Aussprache lose Besprechung der laufenden Fragen zusammenkommen. Die Aufuhrpreise für Draht haben, wie wir schon in der vergangenen Woche erneut angezogen und zwar um 2½—5 sh durchschnittlich für die Tonne.

Herabsetzung der Preise für Jutefabrikate. Der Rückgang in den Rohjutenotierungen, die in den letzten Septembertagen auf Grund der Ermässigung der Dekorderte von 10 888 000 Ballen auf den Märkten in Calcutta und Dundee eingetreten ist, hat auf dem deutschen Markt wieder ausgesprochene Zurückhaltung der Käufer, die nach Deckung ihres dringlichsten Bedarfs in den letzten Wochen von der weiteren Entwicklung der Marktverhältnisse eine Senkung der Fabrikatpreise erwarten. Die Preisvereinigung deutscher Jutedinstteiler trug den veränderten Verhältnissen insofern Rechnung, als sie mit Wirkung vom 1. Oktober die Preise für Sackgarn und Jutegewebe ermässigte. Die Garnpreise betragen nunmehr für 8-Garn 1,08 M. und für 0-Garn 0,77 M. Es sind die Preisreferenzen belaufen sich je kg für Hessiangewebe 320, bei Abnahme von Doppelladungen, auf 1,38 M. für Lieferung Oktober-November und 1,32 M. für Lieferung Dezember. Die Preise erhöhen sich bei Abschluss geringerer Mengen, und zwar um 3 Pfg. bei Abnahme unter 2000 kg, um 6 Pfg. bei 2000—5000 kg und um 9 Pfg. über 5000 kg je kg. Die Preisgestellung erfolgt ab Webereiverandstation.

„Made in Germany" auf englischen Waren. Eine deutsche Firma, die mit englischen Firmen in Konkurrenzkampf am ehrlichsten Markt steht, hat nach der „L und H." die Wahrnehmung gemacht, dass die englische Ware über Hamburg nach China mit dem Stempel „Made in Germany" verkauft und geliefert wird. — Zum Teil wird sich diese Manipulation auf die chinesischen Boykottmassnahmen gegen englische Waren zurückführen lassen. Immerhin erscheint die Auswahl der Herkunftsbezeichnung bemerkenswert.

Dividenden

Flensburger Brauereien A.-G., Flensburg: wieder 50 R.-M. je Aktie.

Valutamarkt

Berliner Devisen:	Datum:	6. 10. Geld	6. 10. Brief	5. 10. Geld	5. 10. Brief
Buenos Aires		1,714	1,716	1,714	1,716
Japan	7.5	2,039	2,043	2,037	2,041
Konstantinopel		2,487	2,493	2,487	2,493
London	4	20,341	20,391	20,339	20,389
New York	4	4,189	4,199	4,1929	4,2029
Rio de Janeiro		0,523	0,525	0,525	0,527
Amsterdam	3.5	167,79	168,21	167,52	168,25
Brüssel-Antw.		11,505	11,545	11,41	11,45
Christiania	5	81,93	82,13	81,88	82,18
Danzig	3.5	81,35	81,55	81,40	81,60
Helsingfors	5	10,342	10,368	10,345	10,395
Italien		16,08	16,12	15,99	16,03
Jugoslawien	5	7,416	7,434	7,415	7,435
Lettland	5	11,33	11,61	11,32	11,60
Madrid	4	71,475	71,775	71,475	71,825
Paris	7.5	11,06	12,10	11,063	11,903
Prag	5	12,411	12,451	12,414	12,454
Schweiz	3.5	81,20	81,70	80,91	81,18
Bulgarien	7	3,04	3,06	3,04	3,06
Spanien	5	62,92	63,08	63,07	63,23
Tschechoslow.	5	12,39	12,41	112,26	112,34
Budapest		5,87	5,89	5,87	5,89
Wien abgest.		99,21	99,33	99,20	99,34
Athen	12	4,99	5,01	4,99	5,01
Kanada		4,184	4,204	4,185	4,205
Uruguay		4,05	4,13	4,01	4,09
Kairo		20,274	20,374	20,274	20,374

Kurse in R.-M. für 1 Pfd., 1 Dollar, 1 argent. Pap.-Peso, 1 Milreis, 1 urug. Goldpeso, 1 Yen, 100 000 poln. Mark, übrige je 100 Einheiten.

Paris lag fester. Wie man vermutet, ist dies zurückzuführen auf Stützungskäufe der Bank von Frankreich, die vorgenommen werden im Hinblick auf die bevorstehende Auflegung der Inlandsanleihe. Im Anschluss hieran lag auch Brüssel etwas fester. Italien dagegen schliesslich noch Mailand. London brökkelte weiter (was ab. auf 4,86¾%. Gehandelt wurden ferner London gegen Paris mit 168⅞, gegen Brüssel mit etwa 176, gegen Mailand 126⅝, gegen Spanien 32¼. Die Mark war in London weiter gegenüber dem Dollar eine Kleinigkeit leichter, mit 4,198. Die Mark notierte in London 20,96⅝, in Amsterdam 0,5005⅝, in Zürich 1,2530.

Am Geldmarkt haben sich die bereits gestern wahrnehmbaren Rückflüsse weiter verstärkt. Doch war auf der anderen Seite die Nachfrage noch ziemlich gross. Immerhin wurden die Forderungen für Tagesgeld etwas ermässigt, und zwar auf 6—7 %. Monatsgeld war rein nominell 5¾—7 %, Warenwechsel wurden mit 5½ %, zum Teil etwas höher gesucht.

Am Privatdiskontmarkt waren beide Notierungen unverändert.

Berliner Börse

6. 10.

Fest und lebhaft

Die feste Tendenz, die bereits an der gestrigen Frankfurter Abendbörse zum Ausdruck gekommen war, nahm heute ihrem Fortgang. Man verwies erneut auf den glänzenden Klöckner-Abschluss und sagt sich, dass demnatsprechend auch anderer grosse Unternehmungen gut verdient haben müssen. Die Beendigung des Hamburger Streiks und lebteres Geld förderten gleichzeitig die Unternehmungslust. Noch am Vormittag war Geld unter 7 % zu haben; an der Börse wurden indes Sätze von 6—6½ genannt. Das Geschäft war vereinzelt ausserordentlich lebhaft und vielfach trat Materialangebot hervor.

Dies war namentlich im Bankenmarkt der Fall, wo sich die Kursfestsetzung für Deutsche Bank und Dresdner Bank verzögerte. Der erste Kurs für Deutsche Bank wurde schliesslich auf 179¼ (+ 3¼), für Dresdner auf 125⅞ (+ 3) festgesetzt. Handelsgesellschaft eingen um 5 auf 232, Danat um 2 auf 29¼, Leipziger Credit um 1¼ auf 135¼. Fest und lebhaft waren sodann Deutsche Erdöl 166 (+ 5) sowie I. G. Farbenindustrie, die mit 295 (+ ½) eröffneten, später 294. Von sonstigen chemischen Werten waren Oberkoks 124 (+ 2¼) und Rütgerswerke 127¼ (+ 2¼) gefragt. Montanwerte zeigten 2 Prozent Gewinn. Mannesmann 152 (+ 2¼), Mansfelder 123 (+ 3½), Rheinische Braunkohlen 228 (+1 2¼), Riebeck 155 (+ 2¼). Kaliwerte schlossen sich der Aufwärtsbewegung an, ebenso Elektropapiere; letztere um 2 %. Schiffahrtsaktien konnten ihren Kurstand um 1—2 % verbessern. Ver. Elbeschiffahrt lestatten auf der Mitteilung über den guten Geschäftsgang die Aufwärtsbewegung erneut fort; sie eröffneten mit 70 (+ 5½); Stettiner Dampfer 46 (+ 2¼). Von Maschinenfabriken zeigte sich Interesse für Gebr. Körting 98 (+ 2¼), Orenstein & Koppel 123¼ (+ 5), Voigt & Haeffner 115¼ (+ 5). Hanza Lloyd waren mit 54 (— 2¼) angeboten. Von sonstigen Industriewerten sind als fest noch hervorzuheben Felten & Guilleaume, Schultheiss-Patzenhofer 287¼ (+ 3), Thüringer Gasgesellschaft 178 (+ 2¼). Nordwestdeutsche Jute 87 (+ 2¼). Fahlberg, List 101¼ (+ 3¼) und Gebr. Jungmann 100 (+ 5¼).

Das Geschäft in heimischen Renten war anfangs überaus lebhaft, erhärtete sich später jedoch etwas ein infolge der Konkurrenz der Industrieaktien, wurde dann desto weniger lebhaft, die Tendenz durchgehend sehr fest. Kriegsanleihe setzten mit 0,6125% nach 0,6875% ein und stiegen weiter auf 0,625. Reichsschuldbuchforderungen noch insbesondere 3 % Reichsanleihe, die anfangs ohne Differenz zur Kriegsanleihe waren vergleichen (0,750), später aber auf 0,750 anzogen. 3 % Consols erreichten einen Kurs von 0,800 (0,750). Die Nachfrage nach Reichsbahnvorzugsaktien und Staatsanleihen und zwar zogen 4 % und 3½ % auf 0,06 an (0,56), wobei noch eine allerdings nicht sehr starke Reparierung der Kaufaufträge Platz greifen musste. Schutzgebietsanleihe waren vorläufig sehr fest, etwa 8 %, an der Börse aber vorwiegend schwächer 8,70. Ausländische Renten waren unverändert, da das Interesse bekanntlich nachgelassen hat. 13er Rumänen gaben auf 27¼ nach, nachdem man noch anfangs mit 28¾ gehandelt hatte. Ungarische Werte erstiegen Anatolier II (31), waren aber später erheblich (32). Auch sonst waren Kursbesserungen zu verzeichnen von etwa 3 %. Lediglich 05er Anleihe konnte sich leicht auf 16¾ befestigen. Oesterreichische Renten waren durchweg sehr lebhaft gefragt. Stark angezogen waren 80er Elisabeth-Anleihe mit 7¼ gegen 8¾ gestern, Kronen-Rente mit 4,3 gegen 4,1, Inlandsanleihen 5 %, 46¼ (45). Lissabonner Stadtanleihe waren wieder sehr fest, 20%. Grössere Nachfrage bestand für Freiverkehrswerte. Ostwerte zogen weiter die sogenannte Goldanleihe auf 28¾, die 09er Anleihe 24¾; Russen angen angeboten, Goldanleihe prioritäten 7, Markprioritäten 4¾, Oz or 65¾, 05 er 4¾.

Am Markt der wertbeständigen Anleihen waren Industriebonds wenig verändert; im Freiverkehr Stahlwerke etwa 103. Roggenpapiere waren sehr erholt; während die 10 % etwas schwächer waren, konnten die 5 % leicht anziehen. Im Verkehrsgebiet Ostpreußen Eisenbahnbriefe waren durchweg etwas gedrückt, Gothaer 12,80, Berliner 12,85, Pressaer Hyp. 15,65, Preußische Flaschenbriefe 11,85, Meiningen 11,20, Deutsche 12,80. Im Freiverkehr lagen Posener Pfandbriefe unverändert 12,80.

Am Markt der nicht notierten Werte lagen Rheinmetall sehr fest (92 %), Dr. Paul Meyer etwas fester, 87. Sonst ergaben sich keine Veränderungen.

Amtlich nicht notierte Werte Adler Kohle 56—57, Deutsche Petroleum 95, Grosskraftw. Frank. 103—104, Hochfrequenz 130, Kabel Rheydt 161, Lindström Aktien 28, Scheibler 77—78, Stoewer Auto 10—11, Ufa 37,5—38, A.-G. für Kalilind. 137—138, Hallesche Kali 116, Helbburg Ver. 80—81, Kriegsanleihe 113—114, Reichsanleihe 46, Wittekind 70—71, Cie. Hisp. Am. d. El. 6 % ang. 1913 Ser. 1 A. 1913 Lit. A. 1347, Cie. Hisp. Am. shares etwa 25—26,12, Kaoko etwa 65, Salitreras 105—170, Blomar etwa 70, Südsee-Phosphat 61.

Warenmärkte

Berliner Produktenbörse, 6 Oktober

Die matteren Depeschen von den amerikanischen Terminbörsen haben auch für prompte Ware die Forderungen an Weizen zurückgehen lassen. Auch Roggen ist geschäftlich etwas niedriger, zumal die Cifpreise sowohl von Nordamerika als von Argentinien etwas ermässigt waren. Für Roggen ist geschäftlich recht knapp bleibt, war die Mattigkeit weniger fühlbar, denn die Roggenofferten gingen dem Bedarf nicht, und Käufer mussten etwas mehr anlegen. Das brachte sich auch im Zeitgeschäft zur Geltung, dessen Preise sich leicht befestigten. Für Gerste hat sich die Situation wenig verändert. Hafer still, gute Ware ist vergeblich gesucht, Mais unverändert, bei bitterem Geboten. Das Mehlgeschäft zeigt für die Provinz bessere Frage. Von Mais fand weiter Absug statt, das Angebot für Roggenmehl blieb etwa etwas höher.

Bremer Baumwoll-Terminmarkt, 6. Oktober. Die Eröffnungsnotierungen lauten Kurse von 11 Uhr: Oktober 14,35 B., — G., Dezember 14,40 B., 14,35 G., zweimal 14,39 bez., Januar 1927 14,40 B., 14,35 G., Februar 14,45 B., 14,40 G., März 14,87, achtmal 14,88 bez., Mai 15,06 B., 14,95 G., Juli 15,15 B., 14,98 G. Tendenz still.

Leipziger Wollmarkt, 6. Okt. (Eigenbericht). Amtlicher Preis für amerikanische Baumwolle Universal 15,11 Dollarcents je lbs.

Weiter feste Preise am London-Wollmarkt. Am 16. Verstejgerungstage (5. Oktober) wurde, laut Drahtbericht des „Konfektionär" 4,7 % Wollmengen von 11 deutschen Welle vorstellgert. Zu Preisabschwächungen kam es nur bei minderwertigen Sorten. Das Hauptinteresse der Deutschen Käufer bestand wieder nach wie vor auf Scureda und Merino-Schweisswollen. Feingespinstwollen waren weniger Absatzmarkt in Anspruchwollen gestiegt. Nachstehend einige Standardnotierungen der 16. Auktionstages: Neusüdwalesen 21—31, Kamelhaar 30, Kapwollen 16—18, Merino-Schweisswollen 23—27, Lammwollen 14—34, Combeck-Kreuzzuch-Schweisswollen 14—34, Kamelhaar 30, Lammwolle 14½—31, Neuseeland: scured Merino-Lammwollen 36, Merino-Lammwollen im Schweiss 12½, Kreuzzuchtlammwollen im Schweiss 10½—11, Kreuzzuchtwollen 14½, Kreuzzuchtwollen 18—20; Cap: Merino-Lammwollen im Schweiss 18—19. Die Preise verstehen sich in d. je lb.

Berliner Metallbörse vom 6. Oktober

Preise ab 1. September für 100 kg, Silber 1 kg

	6. 10.	5. 10.
Elektrolytkupfer, prompt, cif Hamburg, Bremen oder Rotterdam	134,25	134,25
Raffinierte Elektrolytkupfer, 99,9 %	69—68½	68½—69½
Raffinierte Kupfer, 99—99,3 %	66—65½	65½—66
Orig. Hüttenaluminium, 98—99 %	210	210
Orig. Hüttenaluminium, Reinaluminium	214	214
Reinnickel, 99 %	240—260	240—260
Antimon-Regulus	113—118	110—115
Feinsilber Barren	78—77	78—80

Berliner Kurse

6. Oktober

* Bedeutet Papiermarktwerte

Termin-Handelskurse

	Einheitsk. Heute	Vortag
Bank. Aktie. (141—167	165	156
Emb. Paketf. (169—168,71	169	167,5
Emb. Stammaktien (169—168,71	169	167,5
Essen Damp. (217,5—214,5	217	—
Hansa Dampf. (166—164	165	160
Nordd. Lloyd (167,5—167	167,5	165
Alg. D. Kabel (137,5—135	135	132
Barm. Bankv. (135—133,5	135	132
Berl. Handel. (128	128,25	128
Commerzbk. (147	145,5	144
Darmst. B. B. (124	125	125
Deutsche Bk. (179,75	181,25	175
Dresdner Bk. (167	169	163
Disconto-Ges. (153,5	153,5	149,87
Mitteld. Cred. (147,5	141	139,5
Pfälzische (287,5	286,25	281,62
Reichsbank (152,5	152,25	151,25
Rhein. Cred. (159	159	155,25
Rhein. Hypo. (95,75	95,75	95
Bochr. Guss. (163,5	160,5	159
Buderus (106,75	105,5	104
Chart. Wess. (114,5	114	112,5
Deutsch. Erdöl (166,5	166	161
Gelsenkir. (94,75	94,25	92,75
Harpener (92,25	92,25	91,25
Deutsch-Luxe. (163,25	161,75	160,75
Hoesch (95,25	95,25	94,25
Kl. Rasshütte (110	109,75	108
Mannesm. (141,75	140,25	140,25
Phönix A.-G. (159	158,87	157,25
Rheinstahl (147,5	146,25	145,25
Stolberger Zink (75,5	75,5	72
Vereinigte Stahlw. (109,5	109,5	108
Ver. Stahlwerke (151	151	147

	Einheitsk. Heute	Vortag
Mansfeld (123—122,5	122,12	119,37
Metallbank (95,5	95,5	87,5
N. A. G. (95,5	71	72
Oh. Eisenbd. (76	76	72
Reichsbahnvorz. (124	123,5	121,5
Rütgerswerke (124,25	127,5	125,25
Phönix (124,75—124,12	123,5	121
Aktiebrauerei (128	128	125
Schultheiss (162,25—162,5	161	159
Schwartz (139,5—139,75	139,5	134,5
Reinhardt (14,5	14	13,75
Stöhr (127,5	127,5	125
Salzdetfurth (179,75	179,5	175,25
Schubert (140,25—139,75	139,5	134,37
Siemens (203,75	203	200
Tietz (103,5	103,5	103,37
Transradio (134	133,5	130,75
Westeregeln (156,5—156,25	156	151,25
Zell. Waldhof (188—187	187	184
Gaw (83,62	83,5	82,5

Fortlaufende Notierungen

Staatspapiere.

Reichsschatz		
4—5	0,59	0,545
do. 6—9 Agypt. (68	0,575	0,55
do. Gall. 1,4,24 (0,525	0,597	0,54
do. 3 % Gold (0,375	0,375	0,375
do. Kriegsanl. (0,625	0,625	0,577
do. 3 % (0,75	0,6	0,577
do. 3 % Gold (0,75	0,75	0,75
do. 4 % Consols (0,61	0,625	0,575
do. 3 % (0,8	0,8	0,5
do. Schutzgebiete (0,66	0,66	0,625
do. Dt. Reichsanl. (0,66	0,66	0,625
do. 4 % Berlikan. (0,052	0,054	0,043
do. 4 % Berlikan.		
1934 (23,25	23,25	23
do. 4 % Berlikan.		
1935 (24	24	24
do. 4 % Berlikan.		
1936 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1937 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1938 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1939 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1940 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1941 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1942 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1943 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1944 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1945 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1946 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1947 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1948 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1949 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1950 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1951 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1952 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1953 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1954 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1955 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1956 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1957 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1958 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1959 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1960 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1961 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1962 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1963 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1964 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1965 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1966 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1967 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1968 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1969 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1970 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1971 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1972 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1973 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1974 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1975 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1976 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1977 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1978 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1979 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1980 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1981 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1982 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1983 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1984 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1985 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1986 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1987 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1988 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1989 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1990 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1991 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1992 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1993 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1994 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1995 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1996 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1997 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1998 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
1999 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
2000 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
2001 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
2002 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
2003 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
2004 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
2005 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
2006 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
2007 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
2008 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
2009 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
2010 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
2011 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
2012 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
2013 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
2014 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
2015 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
2016 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
2017 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
2018 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
2019 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
2020 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
2021 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
2022 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
2023 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
2024 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
2025 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
2026 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
2027 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
2028 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
2029 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
2030 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
2031 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
2032 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
2033 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
2034 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
2035 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
2036 (24,5	24,5	24,5
do. 4 % Berlikan.		
2037 (24,5	24,5